

Protokoll
über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Rates der Stadt
Aurich

Sitzungstermin: Donnerstag, den 29.06.2023

Sitzungsbeginn: 17:02 Uhr

Sitzungsende: 20:22 Uhr

Ort: Ratssaal des Rathauses

Anwesend sind:

Bürgermeister

Herr Horst Feddermann

Ratsvorsitzende

Frau Ingeborg Hartmann-Seibt

stv. Vorsitzende

Frau Monika Gronewold

Ordentliche Mitglieder

Frau Gila Altmann

Herr Menko Bakker

Herr Bodo Bargmann

Herr Harald Bathmann

Frau Erika Biermann

Herr Rolf-Werner Blesene

Frau Saskia Buschmann

Frau Sarah Buss

bis 20:15 Uhr (TOP 15)

Frau Heike Cremer

Frau Waltraud de Wall

Herr Arno Fecht

Herr Philipp Frieden

Herr Arnold Gossel

Herr Hermann Gossel

ab TOP 2

Frau Antje Harms

Herr Frank Kubusch

bis 19:50 Uhr (TOP 14)

Frau Gerda Küsel

Herr Wolfgang Ladwig

Herr Artur Mannott

bis 18:36 Uhr (TOP 9)

Herr Manfred Möhlmann

Herr Reinhold Mohr

Herr Gunnar Ott

Herr Johann Reiter

bis 19:18 Uhr (TOP 12)

Herr Richard Rokicki

Herr Volker Rudolph

Herr Georg Saathoff

Herr Stefan Scheller
Herr Wiard Siebels
Herr Hendrik Siebolds
Herr Peter Specken
Herr Reinhard Warmulla
Frau Heidrun Weber

von der Verwaltung

Frau Laura Rothe
Frau Birgit Ehring-Timm
Herr Johann Stromann
Herr Heiko Denekas bis Ende TOP 6
Herr Jens Kuhlmann bis 19:41 Uhr (TOP 13.1)
Herr Ralf Sinnen-Grau bis Ende TOP 6
Herr Tjarko Tjaden bis 19:41 Uhr (TOP 13.1)
Frau Brigitte Weber bis 18:37 Uhr (TOP 11)
Herr Nils Friedrichs Protokollführer

Entschuldigt fehlen:

Ordentliche Mitglieder

Herr Jens Coordes
Herr Hermann Ihnen
Frau Almut Kahmann
Frau Dore Löschen
Frau Hilde Ubben
Herr Bastian Wehmeyer

von der Verwaltung

Herr Erster Stadtrat Hardwig Kuiper
Herr Mirko Wento
Frau Stadtbaurätin Alexandra Busch-Maaß
Frau Sandra Grau

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Die Ratsvorsitzende begrüßt alle Anwesenden und eröffnet die Sitzung des Rates der Stadt Aurich um 17:02 Uhr.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit werden festgestellt.

TOP 3 Genehmigung des Protokolls vom 23.05.2023

Frau Altmann fragt nach dem Sachstand bzgl. der vorgesehenen Informationsveranstaltung zur Wolfsproblematik. Sie möchte zudem wissen, ob bereits mit dem Landkreis Aurich gesprochen worden ist.

Der Bürgermeister antwortet, dass der Landkreis Aurich mitgeteilt habe, dass er sich an der Veranstaltung nicht beteiligen möchte. Der Landkreis Aurich möchte jedoch über das weitere Verfahren informiert werden. Die Informationsveranstaltung soll nach der Sommerpause zeitnah terminiert werden, so der Bürgermeister abschließend.

Sodann wird das Protokoll mit 34 Ja-Stimmen und einer Enthaltung ohne Änderungen genehmigt.

TOP 4 Feststellung der Tagesordnung

Frau Hartmann-Seibt verweist auf den Antrag der CDU-Fraktion (Drucksache Antrag 23/043) zum Tagesordnungspunkt 12 „Potenzialstudie Freiflächen-Photovoltaik für die Stadt Aurich“.

Herr Gossel beantragt, dass über die beiden Satzungen zum Tagesordnungspunkt 6 „Neufassung der Friedhofssatzung sowie der Friedhofsgebührensatzung der Stadt Aurich“ einzeln abgestimmt werden soll. Seitens der anderen Mitglieder des Rates werden keine Bedenken vorgebracht.

Sodann wird die Tagesordnung mit der obigen Änderung einstimmig festgestellt.

TOP 5 Einwohnerfragestunde

Ein Einwohner erkundigt sich nach seinem Antrag zum Thema „Erhebung einer örtlichen Verbrauchssteuer auf Einweg-Takeaway-Verpackungen“. Diesen Antrag habe er an die Verwaltung sowie an die Fraktionen und Gruppen im Rat der Stadt Aurich gesendet. Er kritisiert, dass er kaum Rückmeldungen auf seinen Antrag erhalten habe.

Er möchte wissen, wie mit seinem Antrag weiter verfahren wird. Der Bürgermeister antwortet, dass er eine schriftliche Antwort von der Verwaltung erhalten werde.

TOP 6 **Neufassung der Friedhofssatzung sowie der Friedhofsgebührensatzung der Stadt Aurich**
Vorlage: 23/100

Frau Gronewold beantragt eine Änderung des Paragraphen 20 Absatz 5 der Friedhofssatzung. Nach der vorgesehenen Regelung des Beschlussvorschlages dürfen nur max. 50 % der Fläche mit Grabdeckplatten versehen werden. Kies ist nicht erlaubt.

Sie beantragt, dass In der neuen Satzung zukünftig mindestens nur noch 30 % der Fläche freigehalten werden müssen. Die andere Fläche darf mit einer Grab- oder Granitplatte sowie Kies abgedeckt werden. Mit dieser Regelung komme die Stadt Aurich auch dem Wunsch vieler Angehöriger entgegen, so Frau Gronewold. Sie verweist auch auf einen Empfehlungsbeschluss des Ortsrates Walle hin.

Sodann lässt die Ratsvorsitzende über den Antrag von Frau Gronewold abstimmen. Dieser lautet:

„Grabdeckplatten dürfen höchstens 70 % der Grabflächen abdecken. Es darf auch Kies verwendet werden.“

Mit 16 Ja-Stimmen, 18 Nein-Stimmen und einer Enthaltung wird der Antrag abgelehnt.

Sodann lässt Frau Hartmann-Seibt zunächst über die Friedhofssatzung abstimmen.

Mit 27 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen wird der Friedhofssatzung ohne Änderung zugestimmt.

Frau Weber teilt zur Friedhofsgebührensatzung mit, dass die Gebühren zu einer sozialen Ungleichheit führen werden. Viele Bürgerinnen und Bürger werden sich die Gebühren nicht mehr leisten können.

Herr Gossel verweist auf die fehlenden Gebührenanpassungen in den vergangenen Jahren. Daraus folgt nunmehr ein hoher finanzieller Sprung. Daher beantragt die CDU-Fraktion eine prozentuale Staffelung der Kostendeckung für die nächsten drei Jahre. Er stellt sodann folgenden Antrag.

„Die Kostendeckung der Gebühren erfolgt in drei Schritten. Die Kostendeckung der Gebühren wird zum 01.08.2023 auf 80 %, zum 01.08.2024 auf 90 % und zum 01.08.2025 auf 100 % festgesetzt.“

Für die Gruppe SPD/GAP beantragt Herr Bathmann folgende Anpassungen zur Kostendeckung:

01.08.2023: 70 %
01.08.2024: 80 %
01.08.2025: 90 %
01.08.2026: 100 %

Aus Sicht der Gruppe SPD/GAP können sich die Bürgerinnen und Bürger so besser auf die zukünftigen Gebührensätze einstellen, so Herr Bathmann.

Herr Siebolds und Herr Rokicki teilen mit, dass sie sich den Kostendeckungsvorschlägen der Gruppe SPD/GAP anschließen können.

Frau Altmann teilt mit, dass sich ihre Fraktion für einen Kostendeckungsgrad von 100 % ausspricht. Dieser soll bereits zum 01. August 2023 gelten. Sie verweist auf die notwendige

Haushaltskonsolidierung. Herr Mohr ergänzt, dass eine gestaffelte Steigerung eher zur Verwirrung der Bürgerinnen und Bürger führen werde.

Des Weiteren teilt Sie mit, dass es bei einigen Gebühren sogar zu einer Senkung komme, wenn die vorgeschlagene prozentuale Staffelung der Gebührenanpassung durchgesetzt werde. Beispielfähig nennt sie die Gebühren für ein Urnengrab. Herr Denekas antwortet, dass die neuen Gebühren unabhängig von den alten Gebühren gesehen werden müssen. Wenn bei einer prozentualen Reduzierung einer neuen Gebühr ein geringerer Wert ermittelt wird, so ist dieser Umstand nicht von Belang.

Frau Buss verweist ebenfalls auf die finanzielle Situation der Stadt Aurich und auch auf die notwendige Haushaltskonsolidierung.

Die Ratsvorsitzende lässt sodann über die einzelnen Staffelungssätze abstimmen.

Abstimmungsergebnisse:

100 % = 7 Ja-Stimmen, 26 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen (abgelehnt)

80 % = 12 Ja-Stimmen, 18 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen (abgelehnt)

70 % = 22 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung (Zustimmung)

Somit erfolgen insgesamt folgende Beschlüsse:

Beschluss:

Der Rat der Stadt Aurich beschließt die Neufassung der Friedhofssatzung sowie der Friedhofsgebührensatzung.

Die Kostendeckung bei den Gebühren erfolgt in mehreren Schritten.

01.08.2023: 70 %

01.08.2024: 80 %

01.08.2025: 90 %

01.08.2026: 100 %

Abstimmungsergebnis:

Friedhofssatzung:

27 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen

Friedhofsgebührensatzung:

22 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen und eine Enthaltung

TOP 7 Gleichstellungsbericht nach § 9 Abs. 7 NKomVG für die Jahre 2019 bis 2021
Vorlage: 23/118

Anhand einer Präsentation erläutert Frau Ehring-Timm den Gleichstellungsbericht.

Herr Mohr teilt mit, dass nicht nur eine Kenntnisnahme zu erfolgen hat, sondern auch ein entsprechender Beschluss des Rates. Er verweist auf den Beschlussvorschlag in der Vorlage. Mit einem Beschluss kann die Politik auch den Auftrag erteilen, dass die verfassungsrechtlichen und gesetzlichen Vorgaben umgesetzt werden.

Seitens der Verwaltung wird mitgeteilt, dass es sich um eine Informationsvorlage handelt. Der Begriff „Beschlussvorschlag“ in der Vorlage ist irreführend.

Nach kurzer Diskussion teilt die Verwaltung mit, dass der Politik bis zum 31.12.2023 ein Personalentwicklungskonzept vorgestellt wird. Insoweit wird auch auf den Antrag der CDU-Fraktion hierzu hingewiesen.

Der Gleichstellungsbericht wird von den Mitgliedern sodann zur Kenntnis genommen.

Hinweis:

Die Präsentation ist als digitale Anlage diesem Protokoll beigelegt.

TOP 8 Kaufvertrag Blücher-Kaserne
Vorlage: 23/115

Herr Ott teilt mit, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zustimmen werde. Es dürfe jedoch dadurch keinen Automatismus für zukünftige Investoren geben.

Herr Bargmann teilt mit, dass zukünftig nur noch mit möglichen Investoren verhandelt werden muss. Somit sollten sich zukünftige Verhandlungen leichter gestalten. Er verweist in diesem Zusammenhang auch auf bestehende Ratsbeschlüsse, welche den Umgang mit möglichen Investoren regeln.

Für die AWG-Fraktion teilt Herr Rokicki mit, dass diese zustimmen werde.

Herr Bakker teilt mit, dass er sich enthalten werde. Nunmehr sollte auch der gesteckte Zeitplan eingehalten werden.

Herr Bathmann unterstreicht nochmals die Wichtigkeit eines Ankaufs durch die Stadt Aurich. Für die Planungen und die Entwicklung ist es ein wichtiges Signal. Die Gruppe SPD/GAP werde daher zustimmen.

Sodann lasst die Ratsvorsitzende über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

1. Die Stadt Aurich erwirbt die in dem anliegenden Lageplan (Anlage 1) rot umrandet dargestellten und dort und im Aufteilungsplan (Anlage 2) mit den Ziffern 1.1 – 1.18 näher bezeichneten Grundstücksteilflächen aus dem Flurstück 34/58 der Flur 19 der Gemarkung Aurich zur Größe von ca. 184.021 m² auf dem Gelände der ehem. Blücher-Kaserne.
2. Käufer/in: siehe Angaben in Anlage 4.
3. Der Kaufpreis beträgt ca. 1.337.752,00 Euro.
4. Die Anlagen sind Bestandteil dieses Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:

33 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen

TOP 9 Vertrag zum dauerhaften Erhalt des Zertifikats "Familiengerechte Kommune"
Vorlage: 23/111

Herr Warmulla teilt mit, dass in den letzten Jahren durchaus viel erreicht worden ist. Nunmehr gelte es auch konkrete Vorhaben anzugehen und umzusetzen, welche bisher kaum oder nicht umgesetzt worden sind. Beispielhaft nennt er den sozialen Wohnungsbau, die Verkehrswende, den Stadtbusverkehr sowie die Gleichstellung der Geschlechter.

Frau Altmann erwartet ebenfalls ein konkretes Handeln und diesbezügliche Umsetzungen der Verwaltung, um die Ziele einer „Familiengerechten Kommune“ auch zu erreichen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Aurich beschließt den Vertrag zum dauerhaften Erhalt des Zertifikats „Familiengerechte Kommune“ abzuschließen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig
(Herr Reiter war bei der Abstimmung nicht anwesend)

TOP 10 Vorschlagsliste zur Wahl der Schöffinnen und Schöffen für die Amtsperiode 2024 bis 2028
Vorlage: 23/067

Beschluss:

Der Vorschlagsliste zur Auswahl der Schöffinnen und Schöffen für die Amtsperiode 2024 bis 2028 wird zugestimmt.

Änderung/Ergänzung zur Vorschlagsliste:

Aus der Vorschlagsliste werden Frau Insa Schubert (nicht in Aurich wohnhaft), Herr Wolfgang Geiken und Herr Heinz Fisser (Bewerbung jeweils zurückgezogen) gestrichen.

Neu aufgenommen werden:

Frau Christel Bontjer-Klöker, Meedlandsreihe 9, 26605 Aurich
Herr Jens Sühwold, Am Holzweg 6. 26607 Aurich

Abstimmungsergebnis:

28 Ja-Stimmen und 6 Enthaltungen

TOP 11 Sanierung der Wohnstraßen Glupe und Dwarsglupe
Vorlage: 23/084

Frau Buss möchte wissen, ob bei der vorgesehenen Sanierung auch die bestehende Straßenausbaubeitragssatzung angewandt wird. Seitens der Verwaltung wird mitgeteilt, dass die Stadt Aurich noch eine gültige Straßenausbaubeitragssatzung habe. Daher werde diese auch bei den Sanierungskosten zum Tragen kommen. Gleichwohl sind die Planungskosten erst umlagefähig, wenn eine Sanierung auch tatsächlich beschlossen wird. Dieser Beschluss erfolge jedoch erst zu einem späteren Zeitpunkt. Zudem werde es im August 2023 eine Informationsveranstaltung zu diesem Thema geben.

Herr Warmulla fordert eine zeitnahe Entscheidung zur möglichen Abschaffung der Straßenausbaubeitragssatzung. Er werde daher auch nicht der Vorlage zustimmen. Er habe die Befürchtung, dass mit dem Beschluss auch Straßenausbaubeiträge anschließend zu zahlen sind.

Auch Frau Buss spricht sich dafür aus, dass zunächst über die Abschaffung oder Beibehaltung der Straßenausbaubeitragssatzung entschieden werden sollte.

Herr Rokicki spricht sich ebenfalls für eine schnellstmögliche Klärung aus.

Frau Altmann beantragt eine Ergänzung zum anstehenden Beschluss. Die Ergänzung lautet wie folgt:

„Die Entscheidung über die Abschaffung oder Beibehaltung der Straßenausbaubeitragssatzung bleibt davon unberührt“.

Mit der obigen Ergänzung werde deutlich, dass mit dem Planungsbeschluss nicht auch gleichzeitig Straßenausbaubeiträge fällig werden, so Frau Altmann.

Herr Gossel weist daraufhin, dass ohne eine vorherige Planung keine Sanierung erfolgen kann.

Frau Buss erklärt, dass eine solche Ergänzung ohne Belang ist. Aufgrund der bestehenden Rechtslage bedarf es keiner diesbezüglichen Ergänzung. Sie schlägt vor, dass bei diesem Projekt die Anwendung der Straßenausbaubeitragssatzung ausgeschlossen wird. Seitens der Verwaltung wird mitgeteilt, dass ein solcher Beschluss rechtlich nicht möglich ist.

Herr Warmulla teilt abschließend mit, dass spätestens bis zum Ende des Jahres eine Entscheidung über die Straßenausbeitragssatzung fallen sollte.

Seitens der Verwaltung wird darauf hingewiesen, dass bei einer möglichen Abschaffung der Straßenausbaubeitragssatzung auch über die zukünftige Finanzierung von Straßensanierungsmaßnahmen zu beraten bzw. zu entscheiden ist.

Die Ratsvorsitzende lässt nunmehr über den Antrag von Frau Altmann abstimmen.

Der Antrag wird mit 18 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen angenommen.

Sodann lasst Frau Hartmann-Seibt über die Vorlage und der beschlossenen Änderung insgesamt abstimmen.

Beschluss:

Die Ausschreibung und Vergabe der Planungsleistungen zur Sanierung der Wohnstraßen Glupe (Teilabschnitt Cirksestraße bis Dwarsglupe) und Dwarsglupe bis zur Leistungsphase 3 (Entwurfsplanung) werden beschlossen.

Ergänzung zum Beschluss:

Die Entscheidung über die Abschaffung oder Beibehaltung der Straßenausbaubeitragsatzung bleibt davon unberührt.

Abstimmungsergebnis:

28 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen

TOP 12 Potenzialstudie Freiflächen-Photovoltaik für die Stadt Aurich
Vorlage: 23/077

Herr Gossel erläutert den Antrag der CDU-Fraktion.

Die Fraktion halte die planerische Vorgabe der Abstandsregel von 300 m für zu streng. Für die Zukunft werde mehr Energie und vor allem regenerative Energie benötigt. Daher sollte der Suchradius für mögliche Solarflächen vergrößert werden. Zudem könne im Einzelfall eine Anpassung an die örtlichen Gegebenheiten erfolgen, so Herr Gossel.

Er beantragt, dass über die einzelnen Punkte des CDU-Antrages einzeln abgestimmt werden soll.

Herr Siebels teilt mit, dass er die Studie begrüßt. Aus seiner Sicht sollten in der Studie zunächst beide Abstände geprüft werden. Die Politik könne dann konkret entscheiden, welcher Abstand in Frage komme.

Herr Tjaden antwortet, dass die Studie mit dem Abstand von 300 m in Auftrag gegeben werden sollte. Der Stadt Aurich liegen jedoch schon Potenzialstudien vor, indem sowohl 200 m bzw. auch 300 m Abstand untersucht wurden. Diese Flächenpotenziale liegen zudem digital vor.

Herr Ott teilt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit, dass die Fraktion dem Beschlussvorschlag zustimmen kann. Änderungen bzw. Regelungen sind dann immer noch über den Bebauungsplan möglich.

Herr Gossel betont, dass sich mit der Festlegung auf 200 m mehr Möglichkeiten für die Ausweisung von Flächen ergeben.

Herr Siebolds teilt mit, dass die Fraktion DIE LINKE dem beantragten Abstand der CDU-Fraktion durchaus zustimmen kann.

Herr Bathmann beantragt sodann, dass die Sitzung des Rates der Stadt Aurich für fünf Minuten unterbrochen wird. Die Gruppe SPD/GAP möchte sich kurz beraten. Gegen seinen Antrag werden seitens der anderen Mitglieder im Rat keine Bedenken vorgebracht.

Sodann wird die Sitzung des Rates um 19:18 Uhr unterbrochen

Um 19:31 Uhr eröffnet die Ratsvorsitzende die unterbrochene Sitzung des Rates.

Die Ratsvorsitzende lässt nunmehr über die einzelnen Punkte des Antrages der CDU-Fraktion abstimmen.

1. 300 m Abstand zu Gebieten die im Siedlungsentwicklungskonzept als zukünftig zu entwickelnde Flächen ausgewiesen sind.

Abstimmungsergebnis:

10 Ja-Stimmen, 21 Nein-Stimmen und zwei Enthaltungen

2. 200 m Abstand zu vorhandenen Siedlungen als Regelvorgabe. Bei jedem beantragten Bebauungsplan für Photovoltaik wird der Abstand den örtlichen Gegebenheiten angepasst und gesondert geregelt.

Abstimmungsergebnis:

10 Ja-Stimmen, 21 Nein-Stimmen und zwei Enthaltungen

3. Abstände zu Gewerbegebieten und Windparks werden nicht vorgegeben, sondern den jeweiligen örtlichen Gegebenheiten und Erfordernissen angepasst.

Abstimmungsergebnis:

10 Ja-Stimmen, 22 Nein-Stimmen und eine Enthaltung

4. Der Abstand zu Bahnlinien, Bundesstraßen und oberirdischen Leitungstrassen wird auf das gesetzliche Mindestmaß beschränkt und als bevorrechtigte Gebiete klassifiziert.

Es erfolgt keine Abstimmung. Punkt kann entfallen.

5. Vor Beginn jeder Planung für Photovoltaikanlagen wird der zuständige Ortsrat über das Vorhaben informiert, einbezogen und angehört.

Abstimmungsergebnis:

10 Ja-Stimmen, 33 Nein-Stimmen

6. Die Nutzung des Vorbehaltsgebietes landschaftsbezogene Erholung in den Gunstflächen für Freiflächen-Photovoltaik wird beibehalten.

Es erfolgt keine Abstimmung. Punkt entfällt.

Frau Buschmann fordert, dass die Verwaltung zum Ende des Jahres einen Sachstand mitteilt, wie viele Anlagen aufgrund der 300-Meter-Regelung abgelehnt worden sind.

Frau Altmann teilt mit, dass die Verwaltung ebenfalls zum Ende des Jahres mitteilt, wie viel vom 0,47-Prozent-Ziel bereits geplant bzw. umgesetzt worden sind.

Seitens der Verwaltung wird mitgeteilt, dass die jeweiligen Sachstände mitgeteilt werden.

Sodann lässt die Vorsitzende über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Die weitere Bearbeitung mit den planerischen Vorgaben

- 300m Abstand zu Siedlungsrändern,
- 200m Abstand zu Bahnlinien, Bundesstraßen und oberirdischen Leitungstrassen, Gewerbegebieten und Windparks sowie Freiflächen-Photovoltaikanlagen selbst und
- die Nutzung des Vorbehaltsgebietes landschaftsbezogene Erholung in den Gunstflächen für Freiflächen-Photovoltaik

für die Potenzialstudie Freiflächen-Photovoltaik für die Stadt Aurich wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

29 Ja-Stimmen und 4 Enthaltungen

TOP 13 Verkauf von Grundstücken in Aurich-Plaggenburg

Frau Altmann und Herr Ott kritisieren den Verkauf von städtischem Wohneigentum. Der Wohnraum werde in der Stadt Aurich dringend gebraucht. Sie verweisen dabei auf den fehlenden sozialen Wohnraum. Die Verwaltung wird nunmehr gebeten zu prüfen, wie mit dem Wohnraum zukünftig verfahren werden soll. Seit zwei Jahren stehen die Wohnungen nunmehr leer.

TOP 13.1 Veräußerung von städtischem Grundbesitz im gewöhnlichen Geschäftsverkehr (freihändiger Verkauf)
Vorlage: 23/101/1

Beschluss:

1. Die Veräußerung einer noch zu vermessenden Teilfläche zur Größe von ca. 694 m² aus dem Flurstück 97/12 und einer noch zu vermessenden Teilfläche zur Größe von ca. 116 m² aus dem Flurstück 97/15 jeweils der Flur 2 der Gemarkung Plaggenburg erfolgt im gewöhnlichen Geschäftsverkehr (freihändiger Verkauf).

Ein Verkauf zu den nach Ablauf der Angebotsfrist angebotenen Kaufpreisen – siehe Sachverhalt - erfolgt nicht.

2. Potentielle Käufer/in: siehe Angaben in Anlage 2 (nicht öffentlich).
3. Die Anlagen sind Bestandteil dieses Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:

28 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen

Hinweis:

Herr Siebolds erklärt, dass seine Fraktion falsch abgestimmt habe. Die Fraktion ist gegen einen Verkauf der Grundstücke. Somit hätte es ein Nein-Votum geben müssen. Im Vorfeld der Abstimmungsdebatte war der Beschlussvorschlag anders interpretiert worden.

TOP 13.2 Veräußerung von städtischem Grundbesitz im gewöhnlichen Geschäftsverkehr (freihändiger Verkauf)
Vorlage: 23/101

Auf den Tagesordnungspunkt 13.1 wird verwiesen.

TOP 14 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, hier: Neue Bodenvorratspolitik in der Stadt Aurich
Vorlage: ANTRAG 23/041

Frau Altmann erläutert den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, in welchem die Vergabe von städtischen Grundstücken über das sogenannte Erbbaurecht vorgeschlagen wird. Die Stadt Aurich sollte diese Möglichkeit durchaus in Erwägung ziehen, so Frau Altmann. Beispielhaft nennt sie das Quartier Schlehdornweg/Eckfehler Weg.

Herr Gossel erinnert an die vorgesehene Informationsveranstaltung zur Quartiersentwicklung Schlehdornweg/Eckfehler Weg (Drucksache Antrag 23/010), in welcher die Niedersächsische Landgesellschaft (NLG) Möglichkeiten zur Umsetzung vorstellen soll. In diesem Vortrag könnte auch das Thema Erbbaurecht eingebunden werden.

Herr Siebolds ergänzt, dass auch Gewerbegrundstücke über das Erbbaurecht vergeben werden könnten.

Der Bürgermeister teilt mit, dass die Verwaltung zeitnah einen Termin festlegen werde. Die Veranstaltung soll ratsoffen durchgeführt werden.

Der Rat der Stadt Aurich empfiehlt einstimmig, dass der Antrag im Bau-, Sanierungs- und Konversionsausschuss beraten werden soll.

TOP 15 Berichte und Erklärungen der Fraktionen und Gruppen

Herr Bathmann gibt einen Rückblick auf die positiven Entwicklungen und Entscheidungen der letzten Monate. Beispielhaft nennt er die Sanierung der Fußgängerzone, den Neubau des MachMitMuseums und die Umsetzung von Maßnahmen im Rahmen des Projekts „Perspektive Innenstadt“. Zudem erwähnt er die positive Entscheidung zur Beibehaltung der städtischen Trägerschaft bei den Kindergärten sowie Entscheidungen zur weiteren Entwicklung der Realschule und der Grundschulen. Äußerst positiv habe sich auch der neue Pachtvertrag für das Restaurant „Hafenkiste“ auf den Hafensbereich ausgewirkt. Der Einsatz von Herrn Fedderman als Geschäftsführer der abh war sehr erfolgreich. Die Gruppe SPD/GAP habe diese Entscheidungen zum Wohle der Stadt Aurich mitgetragen.

Herr Siebolds kritisiert, dass der Verwaltungsausschuss über die Kita-Vereinbarung mit dem Landkreis Aurich entschieden habe. Diese Entscheidung hätte im Rat der Stadt Aurich fallen müssen, gerade auch im Interesse der Öffentlichkeit. Im Rat hätten alle Fraktionen und Gruppen zudem ein Stimmrecht. Kleine Fraktionen sind somit benachteiligt worden.

Des Weiteren teilt Herr Siebolds mit, dass die Vereinbarung insgesamt nur Vorteile für den Landkreis Aurich beinhaltet. Seine Fraktion könne der Vereinbarung nur zustimmen, da sich die Beschäftigten in den Kindertagesstätten mehrheitlich für einen Verbleib bei der Stadt Aurich ausgesprochen haben. Aus seiner Sicht bleiben auch weiterhin viele Fragen offen. Beispielhaft nennt er die zusätzliche dritte Kraft in den städtischen Kindertagesstätten oder eine mögliche Abschaffung der Krippengebühren in der Stadt Aurich. Auch das Land Niedersachsen stehe hier in der Pflicht und müsse sich finanziell stärker beteiligen.

Frau Weber zeigt sich besorgt über die politische Entwicklung in Deutschland. Bürgerinnen und Bürger sollten wieder im Mittelpunkt stehen. Hier sind auch alle Parteien des Rates gefordert. Mit verschiedenen Aktionen und einer gezielten Kontaktaufnahme mit den Menschen könnte die Stadt Aurich ein positives Signal setzen.

Für Herrn Bakker bestanden genügend Möglichkeiten zur öffentlichen Diskussion über die Kita-Vereinbarung. Alle Ratspolitiker hatten die Möglichkeit sich an der Debatte zu beteiligen.

Des Weiteren mahnt Herr Bakker an, dass nunmehr mit den Beratungen zur Haushaltskonsolidierung begonnen werden soll. Die Fraktion und Gruppen sollten jetzt zeitnah ihre Vorschläge in die Debatte einbringen. Entscheidungen zur Konsolidierung des Haushalts müssten jetzt auch absehbar getroffen werden.

Auch für Frau Altmann bedarf es jetzt zeitnah einer Debatte über die Konsolidierung des Haushalts. Sie verweist auf die Sondersitzung, welche für den August 2023 vorgesehen ist.

Des Weiteren spricht sie sich dafür aus, dass die Menschen, gleich welcher Kultur, in der Stadt Aurich wieder mehr eingebunden werden sollten. Beispielhaft nennt sie das „Fest der Kulturen“, welches 2019 zum letzten Mal stattgefunden hat. Das Fest spiegelt die Vielfalt unserer Stadt wieder, so ihr Tenor. Wir müssen wieder ins Gespräch kommen.

Abschließend teilt sie mit, dass die Veranstaltung „Tag des Fahrrades“ durchaus gelungen sei, gleichwohl aber noch ausbaufähig ist. Zudem war die Einladung nicht konkret genug. Sie habe sich nicht direkt eingeladen gefühlt.

TOP 16 Bericht des Bürgermeisters über wichtige Angelegenheiten der Stadt

Der Bürgermeister teilt mit, dass viele Projekte umgesetzt und begonnen worden sind. Die Umsetzung dieser Projekte ist wichtig für die positive Entwicklung der Stadt Aurich. Er möchte daher dem Rat und der Verwaltung seinen Dank aussprechen.

Des Weiteren teilt der Bürgermeister mit, dass die Haushaltskonsolidierung auch weiterhin erforderlich ist. Man werde die notwendigen Beratungen und Entscheidungen fortsetzen, um das gemeinsame Ziel der Konsolidierung zu erreichen.

TOP 17 Beantwortung von Anfragen gemäß § 16 der Geschäftsordnung

Anfragen zur Geschäftsordnung liegen nicht vor.

TOP 18 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

TOP 19 Schließung des öffentlichen Teils der Sitzung

Mit einem Dank an alle Anwesenden schließt die Ratsvorsitzende den öffentlichen Teil der Sitzung um 20:17 Uhr.